

**Begrüßung anlässlich des Wirtschaftstages des Wirtschaftsrates  
der CDU e. V., Landesverband Sachsen,  
am 22. Mai 2024, im Hotel Inside in Dresden**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Michael,  
Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des  
Sächsischen Landtages, lieber Markus Reichel, lieber Herr Clemen,  
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Familie,  
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und  
sächsischen Staatsverwaltung, lieber Herr Staatsminister a.D.  
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen,  
Wissenschaft und Forschung, Magnifizienz Prof. Barbknecht, Prof.  
Hänsel, Prof. Dietz,  
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und  
Vereinigungen – von der MIT bis zur VSW,  
Lieber Carsten Ellermeier, liebe Simone Hartmann, lieber Dino Uhle,  
Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer,  
Liebe Freunde des Wirtschaftsrates,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
ich begrüße Sie sehr herzlich zum Wirtschaftstag des Wirtschaftsrates  
Sachsen 2024 in Dresden! Heute geht es ums Eingemachte, um  
Sachsens wirtschaftspolitische Agenda. Der Leitspruch unserer  
Vorfahren: „Alles kommt vom Bergwerk her“, meint nach heutigem  
Maßstab nichts anderes als: „Alles hängt von der Wirtschaft ab“. Eigentlich  
eine Selbstverständlichkeit!

Aber was ist passiert? Die Deutschen blicken heute erstmals mehrheitlich pessimistisch in die Zukunft und nicht mehr optimistisch. Das gab es seit Erhebung der Umfragen noch nie. Doch statt Umkehr verlieren wir uns in postsozialistischen Träumereien und Degrowth-Debatten. Einige meinen, dass „Wohlstand für alle“ durch weniger Leistung und Anstrengung sowie bei nachlassender Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität zu erreichen sei. Frei nach dem Motto, das bestimmte Branchen nicht insolvent sind, sondern „einfach erst mal aufhören zu produzieren“ ...

Meine Damen und Herren,  
der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Theodor Heuss<sup>1</sup> hat einmal gesagt, dass die Berufung auf die Dummheit und Gemeinheit der anderen immer eine Flucht aus der eigenen Verantwortung sei. Den Gefallen dürfen wir den Lautsprechern und Aufwieglern nicht tun. Wir stehen für Maß und Mitte, für klare Vernunft, die das Machbare in den Mittelpunkt stellt und keine Luftschlösser baut. Bis vor Kurzem konnte man davon ausgehen, dass wir kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem haben. Mittlerweile bin ich mir diesbezüglich nicht mehr so sicher. Bei einigen scheint der Kompass nicht nur falsch justiert, sondern gänzlich verlorengegangen zu sein. Die Aufbaugeneration, deren Leitstern die soziale Marktwirtschaft war, ist nicht mehr da oder alt geworden. Deren Erben gefallen sich noch zu oft darin, selbstzufrieden und vermeintlich moralisch überlegen zu sein. Mit all den Folgen, die sich daraus für unsere Gesellschaft ergeben.

---

<sup>1</sup> Meister, Hans-Peter (Hrsg.): Verantwortung übernehmen. Bühl (Baden) 2007, S. 80.

Sigmar Gabriel hat das in seinem Buch *Zeitenwende* bereits 2018 so beschrieben: „Wir investieren sehr viel in unser Leben heute und viel zu wenig in das Leben von morgen. Vor allem verführt es dazu, den bequemen Weg fortzusetzen, den wir in den letzten Jahrzehnten gehen konnten, weil andere für die unbequemen Aufgaben zuständig waren. Genau das ändert sich gerade. Mit einiger Zeitverzögerung geht auch für uns das 20. Jahrhundert zu Ende: Die Nachkriegsordnung des Zweiten Weltkrieges verschwindet. Die neue Weltordnung ist noch nicht in Sicht. Wir befinden uns in einer Phase des Übergangs und sollten uns mehr damit beschäftigen, selbst Einfluss auf die Gestaltung dieses Übergangs zu nehmen. Sonst werden wir von anderen gestaltet.“<sup>2</sup>

Wir als Wirtschaftsrat sehen das Thema Wirtschaft immer als Priorität an und treten stets klar und deutlich für die soziale Marktwirtschaft ein, während für viele andere vieles anderes wichtiger war als die Sicherung von Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit und damit der Zukunftsfähigkeit und Zukunftsfestigkeit unseres Landes, einschließlich der sozialen Frage. Denn es bleibt dabei, dass nur das verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet wurde.

Wissen Sie, wie die Schildbürger zu denen wurden, als die wir sie heute kennen: nämlich Narren? Das war so.<sup>3</sup> Einstmals lebten in Schilda Frauen, Männer und Kinder friedlich zusammen. Sie betrieben Landwirtschaft, waren fleißig, gottesfürchtig und tugendsam. Ihr fester Wille war es, das eigene Gemeinwesen zu Wachstum und Wohlstand zu führen. Doch der Erfolg und die Klugheit der Schildbürger machte bald die Runde in den umliegenden Städten. Selbst Herrschern fremder Staaten blieb ihr

---

<sup>2</sup> Gabriel, Sigmar: *Zeitenwende in der Weltpolitik. Mehr Verantwortung in ungewissen Zeiten*. Freiburg i. B. 2018, S. 38f.

<sup>3</sup> Nacherzählt gemäß Reiner, Matthias: *Die Schildbürger*. Berlin 2020, S. 7ff.

Geschick nicht verborgen. Und so wurden sie um Rat und Mithilfe ersucht. Die Schildbürger halfen gerne und wurden dafür reich belohnt. Bald war fast die gesamte männliche Bevölkerung weg von zu Hause und die Frauen mussten die häusliche Arbeitslast allein tragen, Kinder aufziehen, Haus und Hof bestellen. Da beschlossen die Frauen den Männern ein Ultimatum zu stellen: „Kommt unverzüglich nach Hause oder wir müssen uns anders helfen. Die Türen zu unseren Häusern sind für euch dann allerdings zu ...“. Und die Männer kehrten heim.

Nachdem sie die Schwierigkeiten so vieler Fremder gelöst hatten, galt es nun die eigenen zu meistern. Wie konnte man gleichzeitig den Verpflichtungen auswärts und zu Hause nachkommen? Sie diskutierten viel und am Ende kam man unter der Gerichtslinde zu folgender Erkenntnis: „Die Klugheit war unser Verhängnis. Wir müssen nur einfach närrisch werden, dann werden die Anfragen von selbst aufhören, wenngleich diese natürliche Narrheit nicht leicht zu erwerben sein wird.“

Meine Damen und Herren,

warum erzähle ich Ihnen das? Weil Schilda heute sein kann und nicht 1597 wie die historische Vorlage. Wir erleben gerade unser grünes Wirtschaftswunder. Manche glauben tatsächlich, mit weniger Arbeit mehr Wertschöpfung zu generieren, mit Abschottung (Stichwort Ablehnung von TITIP) mehr Wachstum zu erreichen und mit schlechterer Qualität mehr Geld zu verdienen. Aber so funktioniert die Welt da draußen nicht! Da stehen wir in direkter Konkurrenz etwa zu Südkorea oder Kanada.

Die Grünen hatten eine historische Chance und sind historisch gescheitert. Mit der Bundestagswahl 2021 war der Gang der Alt-68er durch die Institutionen vollendet. Sie sind in alle Nischen des Staates eingedrungen, haben fast alle öffentlichen Räume besetzt – den Wissenschaftsbetrieb, die öffentlich-rechtlichen Medien, die Ev. Kirche. Sie haben administrative Strukturen in bislang nie da gewesener Breite und Tiefe zu ihren eigenen Gunsten verändert und zahllose Entscheidungsprozesse, ihren parteipolitischen Vorstellungen gemäß, umgestaltet – etwa im Hinblick auf die öffentliche Verwaltung, NGOs oder die Vergabe von Fördermitteln. Sie haben Begriffe wie den Staat und die Demokratie in zuvor nicht für möglich gehaltener Weise für ihre Zwecke vereinnahmt; der Begriff der Vetternwirtschaft hat eine völlig neue Dimension erreicht. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützt Minderheiten aus gutem Grund, sie gibt ihnen aber nicht das Recht, sich gegenüber der Mehrheit überlegen zu präsentieren oder gar Rechtsverstöße - verharmlosend ziviler Ungehorsam genannt - zu legitimieren. Nicht wenige haben sich von den Grünen eine tatsächliche Versöhnung von Ökonomie und Ökologie erhofft, die Auflösung der vielen Zielkonflikte, die zu befrieden nur sie in Stande schienen.

Anders als die Sozialdemokratie, der es mit der Agenda 2010 gelungen ist, die offenbar unauflösbaren sozialen Problemlagen durch die Reform des deutschen Sozialsystems und des Arbeitsmarktes zu befrieden, ist dies den Grünen hinsichtlich der ökologischen und wirtschaftlichen Fragestellungen nicht gelungen. Was bleibt ist der sichtbare Unwille und mittlerweile auch die Unfähigkeit versöhnend in die Gesellschaft hineinzuwirken, Brücken zu bauen und gesamtpolitische Verantwortung zu übernehmen. Da ist nichts Moderneres, Innovatives, nur Besserwisserei und das Kreisen um die eigene Wählerklientel.

Das ökonomische Gegenstück zum parlamentarischen Instrument des Misstrauensvotums ist der Entzug von Kapital, das heißt ausbleibende ausländische Direktinvestitionen oder, schlimmer noch, der Abzug von Kapital aus dem Land. Legt man diesen Maßstab an, hat die deutsche Wirtschaft der aktuellen Bundesregierung bereits die rote Karte gezeigt. Die Wirtschaft stellt die Vertrauensfrage. Laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) haben Unternehmen noch nie so viel Geld aus Deutschland abgezogen wie 2022.<sup>4</sup> Etwa 125 Milliarden Euro mehr Direktinvestitionen flossen 2022 aus Deutschland ab, als im gleichen Zeitraum in die Bundesrepublik investiert wurden. Die Summe stellt die höchsten Netto-Abflüsse dar, die jemals in Deutschland verzeichnet wurden. Gemäß IW-Ökonom Christian Rusche haben sich die Investitionsbedingungen in Deutschland aufgrund der hohen Energiepreise und dem zunehmenden Fachkräftemangel zuletzt noch einmal verschlechtert. Viele Probleme seien hausgemacht, darunter hohe Unternehmenssteuern, ausufernde Bürokratie und eine marode Infrastruktur. Auch die Zahlen der OECD zeigen, dass vor allem die ausländischen Investitionen in Deutschland fast vollständig eingebrochen sind. Während die Abflüsse bei fast 135,5 Milliarden Euro lagen, wurden nur noch rund 10,5 Milliarden Euro in Deutschland investiert. Besonders alarmierend dabei ist, dass gerade die Investitionen unserer europäischen Nachbarn massiv reduziert wurden. Gleichzeitig flossen fast 70 Prozent der Gelder aus Deutschland in andere europäische Staaten. So verlieren wir im Standortwettbewerb weiter den Anschluss. Der deutsche Außenhandel ist seit Herbst 2022 rückläufig und lag zuletzt wieder unter dem Niveau von 2019. Der deutsche Wirtschaftsstandort ist teuer. Kosten für Energie, Personal, Steuern und Abgaben machen ihn unattraktiv.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. Rusche, Christian: Pressemitteilung Institut der deutschen Wirtschaft Köln vom 28. Juni 2023.

<sup>5</sup> Vgl. Grömling, Michael: Pressemitteilung Institut der deutschen Wirtschaft Köln vom 8. Mai 2024.

Um Deutschland wieder zu einem Sehnsuchtsort der Klügsten und Fleißigsten zu machen, muss dringend gehandelt werden. Die Anerkennung des Primats der Politik durch die Wirtschaft basiert auf dem Vertrauen auf eine Wirtschafts- und Rechtsordnung, die den Unternehmen Planungssicherheit garantiert und Investoren vor politischen Hauruckaktionen wie beim Gebäudeenergiegesetz schützt. Der deutsche Soziologe Max Weber hat beschrieben, dass es zwei Arten von Todsünden auf dem Gebiet der Politik gibt: Unsachlichkeit und Verantwortungslosigkeit.<sup>6</sup> Leider erleben wir derzeit in Teilen der Politik beides. Das wirft Fragen nach der grundsätzlichen Befähigung der politisch Handelnden auf. Schon Helmut Kohl wies darauf hin, dass verantwortungsbewusste Persönlichkeiten eine fachliche Qualifikation brauchen und darüber hinaus eines geistig-sittlichen Orientierungsrahmens, eines Koordinatensystems von Werten und Normen bedürfen.<sup>7</sup> Kommen Politiker dieser Verantwortung dauerhaft nicht nach, führt dies schlimmstenfalls zu gefährlichen Selbstermächtigungstendenzen, wie wir sie in Teilen der Bevölkerung aktuell erleben. „Nicht in meinem Namen“ ist die Grundhaltung Vieler, in deren Wahrnehmung sich die Zeit der „Berliner Republik“ dem Ende nähert. Ein „Weiter-so“ ist nicht mehr möglich. Vor diesem Hintergrund kann 2025 eine wirkliche Zäsur darstellen. Stand die „Bonner Republik“ noch im Zeichen des Aufbaus, der wirtschaftlichen Reintegration in den Weltmarkt und der Stärkung der demokratischen Institutionen, war die Zeit nach der von den Ostdeutschen erzwungenen friedlichen Revolution vor allem geprägt von unbeirrbarer Hybris und dem Entsagen allen Realen: der Realwirtschaft ebenso wie der Realpolitik. „Wir sind ein reiches Land“ gab es da oft als Antwort, wenn berechtigte Fragen nach der Bezahlbarkeit oder der Innovationskraft aufkamen.

---

<sup>6</sup> Meister, Hans-Peter (Hrsg.): Verantwortung übernehmen. Bühl (Baden) 2007, S. 59,

<sup>7</sup> Ebenda, S. 62.

Sollte die Union den politischen Auftrag erhalten, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes zu organisieren, stellt dies CDU und CSU vor eine gewaltige Aufgabe. Nicht weniger als ein gesamtdeutscher Neuanfang ist zu stemmen, um die Repräsentationslücken wieder zu schließen und eine verbindende Erzählung von Aufbruch und Zuversicht zu schaffen. Was es braucht, ist eine echte „reformatio“, die alle Bereiche umfasst: Bildung, Wissenschaft, Militär, Handwerk, Energie, Migration usw. Jetzt ist es an der Zeit, sich darauf konzeptionell und personell vorzubereiten. Es spricht einiges dafür, dass dies mit Blick auf das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands<sup>8</sup> gelungen ist, dass unter dem Titel „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“, durch den Bundesparteitag am 7. Mai in Berlin beschlossen wurde. Schlaglichter wie: „Wachstum statt Stillstand!“, „Leistung muss sich lohnen!“, „Wer arbeiten kann, soll arbeiten!“ aber auch „Mut zur Leitkultur!“ sowie „Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!“ geben einen Einblick in eine Partei, die scheinbar wieder zu sich selbst gefunden hat.

Auch auf der Landesebene wurde mit dem vom Landesvorstand beschlossenen Regierungsprogramm<sup>9</sup> ein Leitantrag an den Landesparteitag am 15. Juni gestellt, der das Thema starke Wirtschaft ausdrücklich betont und sich direkt an Arbeitnehmer, Unternehmer, Landwirte, Handwerker, Familien oder Ehrenamtliche wendet. Dort heißt es: „Wir stehen für diejenigen ein, die dieses Land voranbringen, also die breite Mitte der Gesellschaft.“ Der Ministerpräsident wird hierauf später vermutlich vertiefend eingehen ...

---

<sup>8</sup> Siehe <https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/>

<sup>9</sup> Siehe <https://www.cdu-sachsen.de/aktuelles/2024/cdu-landesvorstand-beschliesst-entwurf-fuer-regierungsprogramm>



Natürlich sind auch wir als Wirtschaftsrat nicht untätig geblieben und haben unsere inhaltlichen Positionen mit Blick auf die anstehende Landtagswahl und die neue Legislaturperiode 2024 bis 2029 noch einmal geschärft. Die wesentlichen Empfehlungen für einen starken Freistaat hat Herr Dr. Uhle bereits dargelegt. Es geht uns vor allem darum, die Fachkräftebasis im Land zu stärken, Sachsen als Industrieland zu sichern, eine lebenswerte Umwelt zu erhalten, Infrastrukturen zu befördern, die internationale Zusammenarbeit zu verstetigen, die Energiepolitik zu reformieren, Innovationen für den Mittelstand zu stärken und die Bildung an der Zukunft auszurichten.

In der Rückschau auf die letzten fünf Jahre hatten wir in vielen Dingen recht, den Finger oft frühzeitig in die Wunde gelegt, auf die Folgen von Tun und Unterlassen hingewiesen und Lösungswege aufgezeigt. Wirtschaft und Industrie, Mittelstand und Handwerk sind keine Orchideenthemen. Darüber hinaus haben wir uns frühzeitig intensiv mit dem Thema innere Sicherheit befasst, mit Bildung und Digitalisierung und natürlich mit energiewirtschaftlichen Fragen. Wir waren die ersten, die das Thema Verbrenner vs. Elektromobilität in seiner ganzen Breite diskutiert haben. Themen wie Haushalt und Finanzen, Europa, aber auch das duale Studium und nicht zuletzt die Migrationsdebatte haben wir stets aktiv begleitet. Als Verein der klaren Sprache nehmen wir dabei eine Grundhaltung ein, die sich deutlich vom Wutbürger mit der geballten Faust in der Tasche unterscheidet. Kritik verknüpfen wir mit konkreten Handlungsempfehlungen und Lösungsvorschlägen.

Nach unserem Selbstverständnis ist der Sachse „helle“, vernunftbegabt sowie der realen Wirtschafts- und Arbeitswelt zugewandt. Oft war und ist er seiner Zeit, sich anbahnenden Entwicklungen, ein wenig voraus. Er weiß, wohin man sich ausrichten muss, um am Markt zu bestehen. Nicht umsonst kamen und kommen sehr viele Erfindungen und Innovationen aus Sachsen. Herzlichkeit, Gemütlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit sind hier wichtige identitätsstiftende Werte. Der Stolz auf das Erreichte, wie die Neugier auf Neues haben bei uns gleichermaßen eine Heimat. Unternehmer, Mittelständler, Handwerker und Gewerbetreibende genießen in Sachsen Respekt und Anerkennung. Es herrscht ein Grundverständnis vor, dass der Staat den Menschen dienen und Verwaltung Unternehmertum befördern und ermöglichen muss. Unser Ziel als Stimme der Sozialen Marktwirtschaft bleibt es auch weiterhin, Unternehmerpersönlichkeiten in ihrer Individualität und Vielfältigkeit als treibende Kraft für Fortschritt, Jobmotor, Steuerzahler und sozial engagierte sowie ehrenamtlich tätige Personen wahrnehmbar zu machen. Unternehmer sind nicht das Problem, sondern ein ganz wesentlicher Teil der Lösung für viele gesellschaftliche Herausforderungen! Es muss wieder stärker anerkannt werden, dass Unternehmer als Arbeitgeber, Steuerzahler und Bürger dieses Landes große Verantwortung für andere Menschen tragen und sich Tag für Tag einem hohen persönlichen Risiko aussetzen. Als selbständig Tätige sind sie eine wichtige Stütze unseres Gemeinwesens und Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unternehmerische Leistungen, Fleiß und Einsatzbereitschaft als wertvoll zu erkennen und entsprechend zu würdigen, ist eine gemeinsame Aufgabe. Nur in einem derart wirtschafts- und innovationsfreundlichen Klima werden junge Menschen den Weg in die Selbständigkeit wählen und es kann wieder ein neuer Gründergeist entfacht werden!

Meine Damen und Herren,

vor 25 Jahren, am 27. Oktober 1999, hat der damals frisch wiedergewählte Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf vor dem Sächsischen Landtag eine Regierungserklärung<sup>10</sup> abgegeben, die aktueller nicht sein kann. Der Titel lautete: „Sachsen ist bereit für die Zukunft“. Er geht dabei auf 5 Aufgabenbereiche ein: Wirtschaft und Arbeit, Erziehung, Ausbildung und Bildung, moderner Staat und leistungsfähige Verwaltung, Sicherheit und Verlässlichkeit sowie Sachsens Mitwirkung in Deutschland und Europa. Prof. Biedenkopf nennt „Wahrheit und Klarheit“ als Maxime seiner Arbeit. Aus wirtschaftlichen Leuchttürmen wurden Lichterketten. Man kümmere sich um jede Investition und fühle sich den Erwartungen und Hoffnungen der jüngeren Generation besonders verpflichtet. Nahezu mit Händen spürbar weht hier ein Geist der Freiheit, des Mutes und des Zukunftsvertrauens. Diese Zuversicht und Tatkraft wünsche ich uns allen. Sie setzt mündige Bürger voraus, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Wenn Sie nicht wollen, dass all die Schildbürger, Lautsprecher und Aufwiegler dieses schöne Land in Besitz nehmen – jene also, die erst das Rathaus ohne Fenster bauen und dann mit Eimern das Sonnenlicht draußen einfangen wollen, um es ins Rathaus zu tragen oder anstatt auf richtige Rösser zu setzen, auf hölzernen Steckenpferden reiten wollen – dann bringen Sie sich aktiv ein! Ehrlich machen, Verantwortung übernehmen, Vertrauen zurückgewinnen ist das Gebot der Stunde!

Glückauf!

---

<sup>10</sup> Regierungserklärung von Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf vor dem Sächsischen Landtag am 27. Oktober 1999 (bearbeitete Fassung): Sachsen ist bereit für die Zukunft, Freistaat Sachsen Dresden.